Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Anzeigenbezirk II 20 (Kleinanzeigen und Stellengesuche Geschäftsanz. 15), enthaltend 35, für die 60 mm breite Petit-Reklamezeile 50, enthaltend 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, enthaltend 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Amt. Sparkass. Nr. 26.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Löhnitz), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Löhnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 91 und 92, Löhnitz (Amt Aue) 445, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2016. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Eine Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Schadenfälle infolge ausgebliebener Gerichtsblätter übernimmt die Gerichtsleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Gesellschaftsbetriebs begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs erlischt Rabatt als nicht bewilligt.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 98. | Dienstag, den 26. April 1932. | 85. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Lebensmittelhändlerin Martha vhl. Huhn geb. Auerbach in Aue, all. Inh. der Firma Maximilian Matthes, daselbst, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch **aufgehoben.** K 19/31

Amtsgericht Aue, den 23. April 1932.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Ed. Heinrich Fröhlich, Metallwarenfabrik in Beierfeld, ist zugleich mit der Bestätigung des im Vergleichstermine vom 4. April 1932 angenommenen Vergleichs durch Beschluß vom 7. April 1932 aufgehoben worden. VV 3/32

Amtsgericht Schwarzenberg, den 25. April 1932.

Ueber den Nachlaß des am 16. 5. 1931 verstorbenen Steinbildhauers Georg Max Barthel in Ritterogrün wird heute, am 25. April 1932, vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Goldhahn in Schwarzenberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 17. Mai 1932 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

auf **Mittwoch, den 25. Mai 1932, vormittags 10 Uhr**

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 10. Mai 1932 anzeigen. K 13/32

Das Amtsgericht zu Schwarzenberg.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Kurt Renkewitz in Schwarzenberg-Neuwelt, August-Reinwart-Straße 26, wird zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nichtverwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin

auf **Mittwoch, den 25. Mai 1932, vorm. ½10 Uhr**

vor dem unterzeichneten Amtsgerichte bestimmt.

Die dem Konkursverwalter zu gewährende Vergütung wird auf 360 RM. und der Betrag seiner baren Auslagen auf 227,86 RM. festgesetzt. K 36/31

Schwarzenberg, den 25. April 1932. **Das Amtsgericht.**

Mittwoch, den 27. April 1932, sollen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden:

Vorm. 10 Uhr in Schwarzenberg: **1 Staubsauger, 1 Posten Docht, 50 Schachteln Topfpiz, 2 Stahlfedermatratzen, 1 Schnellwaage, 1 Schreibmaschine, 7 Herrenmäntel, 1 Posten Nähmaschinenteile und -Nadeln, 1 Motorradspiegel.**

Sammelort der Bieter: Hof des Amtsgerichts.

Vorm. 10 Uhr in Mittweida: **1 Schuppen.** Sammelort der Bieter: Rest. zum Bahnhof.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Ueber das Vermögen der Manufakturwarengeschäftsinhaberin Anna Unger geb. Kraus in Johanngeorgenstadt wird heute, am 22. April 1932, mittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Ortsrichter Walter Schäfer in Johanngeorgenstadt wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 25. Mai 1932 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den **26. Mai 1932, vorm. 11 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den **10. Juni 1932, vorm. 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 20. Mai 1932 anzeigen. K 4/32

Amtsgericht Johanngeorgenstadt, den 22. April 1932.

Es sollen öffentlich gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden:

Mittwoch, den 27. April 1932, vorm. 9 Uhr im gerichtl. Versteigerungsraum: **1 Photoapparat 6×9, 1 Posten Textilwaren, 1 Warenschrank, 1 Autoschlauch, 1 Lastkraftwagen.**

Am gleichen Tage in Lößnitz, vorm. 11 Uhr: **1 Rasierstuhl, 1 Posten Turner- und Sportartikelschlösser, Hosenträger und Gummiband, 3 Ankerunähmaschinen, 2 Knopfloch-Nähmaschinen, 1 Adler-Nähmaschine.** Sammelort der Bieter: Kaffee Georgi.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Mittwoch, den 27. April 1932, sollen meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden:

Vorm. 10 Uhr im gerichtl. Versteigerungsraum: **1 größerer Posten Rohtabak, 10 Pfd. Rauchtabak (Mittelschnitt), 11 Burschenanzüge, 1 Posten Bettwäsche, Strümpfe, versch. Stickereien, Schuhe, Kleider, 1 Harmonium mit Spielapparat, 1 Laufleuchter, 1 Schrankgrammophon mit Platten, 1 Klubgarnitur,** bestehend aus Sofa und 2 Sesseln, **1 elektr. Staubsauger, versch. Korbmöbel, Bierglöser, Eisschalen, Teevasen u. v. m.**

Vorm. 10 Uhr in Schneeberg: **1 Ladeneinrichtung,** bestehend aus **Ladentafel, 3 Warenregalen, 1 Wareneglasschrank, 1 Tafelwaage mit Gewichten, 1 Dezimalwaage.** Sammelort der Bieter: Rest. Daheim.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Junger Schäferhund (Kreuzung), graubraun, zugelaufen. Abzuholen in der Polizeiwache Radiumbad-Oberschlema innerhalb 3 Tagen, sonst wird anderweit darüber verfügt werden.

Der Gemeinderat.

Nach dem Wahlsieg der NSDAP.

Das Zentrum in Verlegenheit.

Das preußische Zentrum sitzt, wenigstens nach außen hin, auf dem hohen Pferde. Es tut so, als ob es völlig in seiner Hand liege, welche Regierung gebildet werde. Die „Germania" führt eine besonders hochfahrende Sprache, sie erwartet, daß die Achtmillionen-Partei ihr aus der Hand frißt. Durch diese parlamentarische Spiegelfechterei, die in Bayern in gleichem Maße von der Bayrischen Volkspartei betrieben wird, wird sich niemand bluffen lassen. Im Grunde sind die maßgebenden Männer von der schwarzen Kulör sehr weich gestimmt. Sie halten sich zwar, wie sie betonen lassen, alle Wege offen, dürften aber tatsächlich in der allergrößten Verlegenheit wegen der Regierungsbildung sein. Man kann es den Leuten nachfühlen, daß sie mit Schmerzen an eine Lösung des in der Uebung langer Jahre lieb gewordenen Verhältnisses mit den Sozialdemokraten denken. Aber es dürfte ihnen keine andere Wahl bleiben. Denn einerseits würden Neuwahlen die Gefahr einer reinen Rechtsregierung heraufbeschwören und damit die Ausschaltung des Zentrums. Andererseits dürfte es selbst für die geschicktesten Taktiker dieser Partei ein allzu schweres Stück sein, den Reichspräsidenten von der Notwendigkeit des Weiterbestehens der schwarz-roten Allianz in Preußen zu überzeugen, nachdem sich der Volkswille eindeutig gegen den Marxismus und für den Nationalismus entschieden hat. Die Treueschwüre, mit denen der Reichspräsident von Seiten des Zentrums in den letzten Wochen überschüttet worden ist, verpflichten doch einigermaßen. Ebenso kann der Kanzler das Vertrauen, das ihm Hindenburg im höchsten Maße geschenkt hat, nicht enttäuschen.

•

Die SPD. hofft, wie eben ihr Fraktionsvorsitzender im preußischen Landtag, Heilmann, erklärte, daß eine Koalition von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum nicht zustandekommen werde. Zunächst will sie sich mit Hilfe geschäftsordnungsmäßiger Tricks möglichst lange die Macht und ihren Funktionären die Futterkrippe erhalten. Jedoch ist die Flut des Nationalsozialismus so hoch gestiegen, daß sie die roten Kleber hinwegspülen wird, mit ihnen zugleich die Demokraten, deren kümmerliche Reste für ihren Einzug in das Parlament nur noch einen Roller benötigen. Die Mosse und Ullstein blasen zwar die Backen trotz aller Mißerfolge noch mächtig auf, aber sonst ist es in dieser Partei recht ruhig. Der bekannte Abgeordnete Riedel schwingt sich sogar zu folgender Erklärung auf: „Man sollte als überzeugter Demokrat aus dem Wahlergebnis die richtige Lehre ziehen und jetzt den Rechtsparteien die Regierung überlassen, auch auf die Gefahr hin, daß dann ein entsprechender Kurswechsel im Reich eintreten müßte."

Ob dieser Kurswechsel, der gerade nach demokratischen Grundsätzen eine Selbstverständlichkeit sein müßte, kommen wird? Von den hohen Herren in den Reichsministerien hat sich noch keiner zu dieser brennenden und zugleich brenzlichen Frage geäußert. Geschweigedenn haben sie dem Reichspräsidenten den Vorschlag gemacht, dem Volkswillen, der bei den Wahlen vom Sonntag sich klar und deutlich offenbarte, sofort auch im Reiche Rechnung zu tragen. Sollte der Kanzler der Ansicht sein, daß im Reiche mit und in Preußen gegen die SPD. regiert werden kann? Es muß sofort für reinliche politische Verhältnisse gesorgt werden, am besten auf dem Wege über eine Reichstagsneuwahl. Unbedingt erforderlich ist jedenfalls, daß sofort die Ausnahmegesetze gegen die Partei aufgehoben werden, welche das Vertrauen des Volkes zur bei weitem stärksten gemacht hat. Vielleicht äußert sich der Minister Groener recht bald über diesen dunkelsten Punkt seiner Amtstätigkeit.

Hitlers Dank.

München, 25. April. Adolf Hitler erläßt folgende Kundgebung: „Mit dem heutigen Tage hat unsere Bewegung ihren bisherigen Erfolgen einen gewaltigen herrlichen Sieg hinzugefügt. Wir sind nunmehr unumstritten zur weitaus stärksten Partei Deutschlands geworden. Alle Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmaßnahmen unserer Gegner konnten den Emporstieg unserer Bewegung nicht verhindern. Dieser Erfolg ist nicht das Ergebnis irgendeiner „klugen Taktik", sondern die Frucht einer andauernd unermüdlichen fleißigen Arbeit. Was die politische Organisation und die Propaganda in diesen Wochen geleistet haben, ist einzig dastehend. Aus übervollem Herzen aber danke ich besonders meinen mir und der Bewegung in unverbrüchlicher Treue ergebenen ehemaligen SA.- und SS.-Männern und Führern, die als Parteigenossen wie immer mutig und opferbereit ihr Allerletztes hergegeben haben. Sie, die Leiter der Organisation und Propaganda der Partei sowohl als die Männer unserer Presse, sie alle können sich diesen großen Sieg als Frucht ihrer Fähigkeit und Arbeit zurechnen. Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf für die Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wieder aufzunehmen und weiterzuführen.

Die NSDAP. Trägerin des Volkswillens.

Gregor Straßer Ministerpräsident?

München, 25. April. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt u. a., das Volk habe seinen Urteilsspruch gefällt und die NSDAP. beauftragt, diesen Spruch zu vollziehen. Daß die NSDAP. bereit sei, dem Willen des Volkes entsprechend die Regierungsverantwortung überall und in allen Ländern zu übernehmen, in denen die bisherigen Regierungen in die Minderheit versetzt worden sind, das gelte insbesondere auch für Preußen. Wenn man von den Nationalsozialisten Achtung vor den Gesetzen der Demokratie verlange, dann sei es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung einer nationalsozialistisch geführten Regierung das Feld räume. Die NSDAP. werde sich mit der Aenderung der Geschäftsordnung des preußischen Landtages nicht abfinden. Sie werde nicht dulden, daß der erklärte Volkswille vergewaltigt werde. Sie sei stark genug, um ihren Gegnern in den Parlamenten und öffentlichen Körperschaften das Leben sauer zu machen. Man möge uns, so heißt es in der Erklärung, nicht mit salbungsvollen Ruhe- und Ordnungsphrasen oder geheuchelten moralischen Ermahnungen kommen. Wir sind als Träger des Volkswillens bereit, ein sauberes Staatswesen in einem sauberen Preußen aufzubauen und werden niemand zurückstoßen, der sich uns zur Mitarbeit zur Verfügung stellt.

Wie verlautet, wird der neue Landtagspräsident voraussichtlich der Nationalsozialist Kube, der von den Nationalsozialisten angekündigte Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten der Nationalsozialist Gregor Straßer sein.

•

Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten.

Berlin, 25. April. Wie die „D. A. Z." berichtet, ist anzunehmen, daß die ersten Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die Möglichkeiten einer Neuordnung der preußischen Verhältnisse bald in Fluß kommen werden. Die erste Anfrage der Nationalsozialisten, ob das Zentrum zu gemeinsamen Besprechungen bereit sei, sei schon gestern bei der preußischen Zentrumsfraktion erfolgt. Mit den offiziellen Verhandlungen dürfte schon in den nächsten Tagen zu rechnen sein. Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, werde sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben, und, wie aus nationalsoz. Quelle verlautet, werde auch Adolf Hitler demnächst in Berlin erwartet. Welche Bedeutung man im Zentrum den neuen preußischen Entwickelungsmöglichkeiten beimesse, gehe schon daraus hervor, daß Anfang Mai ein außerordentlicher Parteitag des preußischen Zentrums geplant sei.

SLUB
Wir führen Wissen.